

Streit um Tempo 30

Grüne scheitern mit Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierung auf allen Straßen in der Gemeinde



VON JOACHIM BAADTE

ENKENBACH-ALSENBORN. Auf den Tischen der Ratsmitglieder in Enkenbach-Alsenborn lagen am Mittwochabend gleich zwei Schreiben mit dem Anliegen, das Fahrtempo innerhalb der Gemeinde zu reduzieren. Sowohl im zahlreich erschienenen Publikum wie auch im Rat führten diese Anträge zu emotionalen Beiträgen in der Aussprache.

Zum einen baten Anlieger der Rosenhofstraße darum, auf der gesamten Länge Tempo 30 einzurichten. Zum anderen hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag eingebracht, die Fahrgeschwindigkeit auf „allen innerörtlichen Straßen“ in Enkenbach-Alsenborn auf diesen Wert zu begrenzen.

Ortsbürgermeister Jürgen Wenzel (CDU) erinnerte daran, dass es schon einmal einen Anlauf zur Tempobegrenzung in der Rosenhofstraße gegeben habe. Damals sei ein Schallgutachten erstellt worden, das allerdings nur für ein kurzes Stück der Passage eine Überschreitung der entsprechenden Grenzwerte nachgewiesen habe. Sowohl der Landesbetrieb Mobilität (LBM) als auch das Ordnungsamt seien allerdings dagegen, für einzelne kurze Strecken eine Temporeduktion vorzuschreiben.

Viele Bürger seien in der Rosenhofstraße die freie Durchfahrt gewohnt, fuhr Wenzel fort. Er sehe allerdings die Möglichkeit, beim zuständigen LBM das Vorschreiben von Tempo 30 an Gefahrenstellen zu beantragen. Dies seien Schulen und Kitas in der Nähe, die Areale um das Zirkusmuseum und um die Klangwerkstatt. Christine Braun (Grüne) regte an, einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Es „sollten nicht nur die Bedürfnisse der Autofahrer, sondern auch die der Menschen“ gewürdigt werden. Gleichberechtigt müssten auch die Interessen der Radfahrer, der Fußgänger wie auch der Anlieger in den Wohnungen durchgesetzt werden. Das Ziel der Lärmreduktion sei durch Einführung von Tempo 30 zu erreichen. In der Politik und bei Fachinstitutionen werde dies gesehen und gefördert.

„Diese Ausführungen sind Bestandteil des Kampfes der Grünen gegen das Auto“, antwortete Goswin Förster (FDP). Es komme ihnen nicht darauf an, Gefahren abzuwehren oder CO₂ einzusparen. Sie sollten bedenken, dass das von ihnen favorisierte E-Auto doch schon Lärm vermeide. Marc Müller (FWG) gab zu bedenken, dass im Falle einer Sperrung der Autobahn 6 der Ausweichverkehr über die Rosenhofstraße geleitet werde. Tempo 30 wäre hinderlich für den Verkehrsfluss. Aus den Reihen der Gäste wurde geäußert, dass auf dieser Straße, die teilweise über freies Feld führe, eine Temporeduktion Aggressionen produziere. Ein „junger Vater“ wies umgekehrt darauf hin, dass seine beiden kleinen Töchter durch das schnelle Fahren regelmäßig erschreckt würden.

Am Ende wurde der Antrag der Anwohner für Tempo 30 auf der gesamten Rosenhofstraße mit 15 Nein- und drei Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Zustimmung gab es dagegen dafür, beim LBM die Einführung von Tempo 30 an Gefahrenstellen entlang der Rosenhofstraße zu beantragen. Der Antrag der Grünen für Tempo 30 auf allen innerörtlichen Straßen wurde schließlich zurückgezogen.